

Verschleiß und Verfall

Zu: „86 Milliarden für die Schiene“, FR-Wirtschaft vom 15. Januar

Dreistellige Millionenausgaben für zweifelhafte Berater und hoch(über?)bezahlte Bahnmanager haben es vermocht, die Deutsche Bahn AG seit der Bahnreform 1994 in ein Milliardengrab zu verwandeln und den Zugverkehr fast bis zur Beliebigkeit verkommen zu lassen: Kommt er, wann kommt er oder kommt er gar nicht?

Wenn Grundregeln der Unternehmensführung mit Füßen getreten werden, Mitarbeiter demotiviert und Produktionsmittel (Schienenstrecken) Verschleiß und Verfall preisgegeben werden, um zweifelhafte Geschäfte im Ausland zu finanzieren, braucht man sich nicht zu wundern, dass ein verlässlicher Zugverkehr in Deutschland kaum noch möglich ist. Wie es scheint, führt weder das Verkehrsministerium noch der Aufsichtsrat die notwendige Kontrolle; und die jährliche Kritik des Bundesrechnungshofes wird regelmäßig in den Wind geschlagen.

Nachdem sich Mehdorn, Grube und Konsorten, die das Desaster angerichtet haben, mit hohen Abfindungen vom Acker gemacht haben, darf der Steuerzahler mit noch mehr Milliarden bluten. Dabei ist nicht sicher gestellt, ob die Gelder den Schaden überhaupt korrigieren können. Nicht nur die Planung, eine neue IC-Linie drei Kilometer an Gießen vorbei zu planen, zeigt, dass kaum noch Sachwissen bei der DB vorhanden ist. Und wer sagt überhaupt, dass die Milliarden bei der Bahn richtig aufgehoben sind? Ihre Konkurrenten, die keinen 25-jährigen Dornröschenschlaf gehalten haben, sitzen nämlich mit Alternativen und autonom fahrenden Fahrzeugen längst in den Startlöchern. Bernd d'Amour, Wetztenberg

Zu dicht aufgefahren

Tempolimit: „Geschwindigkeit ist mitentscheidend“, Leserforum vom 13.1.

Unfälle mit tödlichem Ausgang auf Autobahnen sind mit zu dichtem Auffahren begründet. Daran haben Lkw einen erheblichen Anteil. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen würde eher noch dichteres Auffahren auf den Vordermann verursachen! Sinnvoll wäre ein Überholverbot für Lkw.

Jürgen Hempel, Lüneburg

Diskussion: frblog.de/tempolimit-3

SORRY

Im Aufmacher des Regionalteils vom 22. Januar, „RMV stockt S-Bahn-Flotte auf“ (S. F1) schreiben wir, dass womöglich in fünf Jahren die Marke von einer Million Fahrgästen geknackt werde. Gemeint ist natürlich eine Milliarde.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika, Katja Thorwarth und Sonja Thomaser lesen im Hate Slam irre, böse und wahnsinnige Leserbriefe an die Redaktion.
Sonntag, 26. Januar, 19 Uhr
Neues Theater Höchst, Antoniterstraße 18, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.
Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika und Nadja Erb stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Terror ist nicht mit Militär zu überwinden

Libyen: „Gipfel in Berlin gibt Signal für weitere Gespräche“ und „Europas Chance“, FR-Politik vom 20.1. und -Meinung vom 21.1.

Die Libyen-Konferenz ist eine ehrenwerte Aktion

Bei allen rückblickenden Problemen muss man als deutscher Staatsbürger auch einmal lobend erwähnen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Heiko Maas die Initiative ergriffen haben, diese Libyen-Konferenz in Berlin einzuberufen. Und das auf den letzten Metern von Merkels Amtszeit. Und es ist sehr lobenswert, dass sie in Berlin alle Hauptakteure des Bürgerkrieges empfangen konnte. Diese Libyen-Konferenz in Berlin mit den ersten Schritten, eine Waffenruhe und ein Waffenembargo zu erzielen, ist in der Tat bei allen unterschiedlichen Meinungen eine ehrenwerte Handlung. Ob die erzielten Absichtserklärungen der Beteiligten nun in die Tat umgesetzt werden, ist sicher auch davon abhängig, wie unnachgiebig sich die Bundesregierung, aber auch ganz wesentlich die Europäische Union engagiert.

Denn unabhängig vom Bürgerkrieg ist es eine Schande, wie Menschen behandelt werden unter den unwürdigsten Zuständen in den Lagern. Menschen, die aus ihren Ländern in Afrika fliehen, um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Egal welcher Motive! Viele deutsche Staatsbürger fragen sich: Warum gibt es ein „vereintes Europa“, von dem ausgehend bisher so wenig getan wurde, um diesem Drama mit ein Ende zu setzen? Es ist eine Schande für dieses Europa. Man kann die an das Mittelmeer grenzenden EU-Staaten verstehen, wenn sie seit Jahren die alleinige Last (siehe Lampedusa) haben, die in Not geratenen Menschen aufzunehmen.

Die EU hat diesem Treiben lange untätig zugesehen. Statt klar erkennbare Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, wurden Geflüchtete wieder zurück in die Lager nach Libyen transportiert. Ein Schande sondersgleichen. Im Rahmen der Menschenwürde ist das nicht zu verantworten.

Natürlich sind damit die Fluchtbewegungen und Motive der Menschen zur Flucht nicht gelöst. Das kann Deutschland nicht alleine lösen. Hier sind alle



Bringt der diplomatische Erfolg von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Berliner Gipfel endlich Frieden für Libyen? DPA

Staaten gefordert. Auch wären die USA gefordert, sich zu engagieren, statt immer weitere Brandherde anzurichten. Bei allem Mitengagement des früheren Präsidenten der USA, Georg Bush, für eine deutsche Wiedervereinigung: War es richtig und sinnvoll, die Kriege im Nahen Osten gegen den Irak zu beginnen und danach auch in Libyen gegen Muammar Gaddafi durch Georg W. Bush? Denn beide umstrittenen Machthaber haben ihre Länder im Griff gehabt, bei allen internen Unwegsamkeiten. Danach sind die Länder ins Chaos abgeglitten, und es haben sich Terrororganisationen gebildet mit Hass und Wut.

Rudolf Knapp, Erfstadt

Militär kostet und zerstört Leben

Wenn sich Deutschland an einer Militäraktion in Libyen beteiligt, zeigt das nur, dass die Militärs lernresistent sind. Was muss denn noch alles zwischen Afghanistan und Mali schiefegehen, bis die Bundesregierung kapiert, dass man die Verhältnisse dort zumal mit europäischen Streitkräften militärisch nicht lösen kann? Reichen die bisherigen Misserfolgserfahrungen mit solchen Versuchen immer noch nicht aus? Man kann Terror nur überwinden, wenn die Menschen aufgrund von Jobs, Landwirtschaft und Versorgung eine Perspektive bekommen. Militär

kostet und zerstört Leben und Lebensperspektiven.

Der damalige Außenminister Westerwelle hatte sich aus gutem Grund dem Krieg der USA, Frankreichs und Groß Britannien nicht angeschlossen. Er begründete damals (2011): Er wolle nicht, dass Deutschland Teil eines Krieges in Libyen werde, eines dauerhaften Bürgerkrieges. „Wir müssen klug handeln. Ich will mich an einem militärischen Einsatz deutscher Soldaten in Libyen nicht beteiligen. Es gibt eine Verantwortung der Staaten der arabischen Region, es sind lauter Nachbarländer da.“ (Interview im Tagesspiegel, 15.12.2017)

Im Deutschlandfunk-Interview am 17. März 2011 führte er zusätzlich aus, im Übrigen seien die Folgen zu bedenken für die gesamte Friedens- und Freiheitsbewegung im Norden Afrikas: „Ich möchte nicht, dass diese Bewegungen umkippen und aus einer Demokratiebewegung, die wir stärken wollen, anschließend eine geschwächte Demokratiebewegung von Marokko bis Ägypten übrigbleibt.“

Es ist zynisch, wie die EU-Staaten sich der Flüchtlinge erwehren, die in Libyen in der Falle sitzen, wohl will man aber das Öl von dort – und das möglichst günstig. Wer die Strategen verstehen will, der folge dem Geld.

Bernhard Trautvetter, Essen

Diskussion: frblog.de/libyen-2

Unbehelligt von Ämtern und Anklagen

Pädophilie: „Der zerrissene Schleier“ und „Heimkinder mussten sich prostituieren“, FR-Feuilleton und -Panorama vom 16.1.

Es geht immer um eine Sextäterwohlmeinende Rezeption: Bewunderung für pädophile Männer, die sich etwas herausnehmen, was ängstlichere und machtlosere Pädophile sich verkneifen oder wo sie sich mit Gucken begnügen. Wenn Promi-Täter für ihre sexuelle Kinderausbeutung die Freiheit der Kunst in Anspruch nehmen und dafür sogar Zuspruch erhalten, scheuen sich angewiderte Nicht-Pädophile, diese Inszenierung „Ich darf und genieße das“ als verbrecherisch und geschmacklos anzuprangern. Könnten sie doch als prüde und rückständig gelten. Wenn ähnlich wie der französi-

sche Schriftsteller Gabriel Matzneff auch der pädophile deutsche Schauspieler und Schriftsteller Klaus Kinski in seinem autobiografischen Machwerk: „Ich bin so wild nach deinem Erdbeermond“ Serien von Penetrationen 13-jähriger Töchter ihm ergebener Bewunderinnen durchhechelt, bleiben sie ehrfürchtig von Ermittlungen verschont und straffrei? Warum blieben jahrzehntelang auch all die frommen Priester, die abgehalfterten Camper, die Pädophilennetzwerke, die braven Onkels und Väter unbehelligt von Ämtern und ohne Anklage? Sie konnten sich leicht darauf verlassen, dass Missbrauchsschilderungen

und -leiden ihrer Opfer von Verantwortlichen in den Wind geschlagen wurden und die Staatsanwaltschaften sie in Ruhe lassen. Serienvergewaltigungen durch den eigenen Vater in Frankfurt? Die glaubhaften Schilderungen des inzwischen erwachsenen Sohnes könnten ja erlogen sein, außerdem soll er erstmal einzelne Taten mit genauem Datum und Ablauf beweiskräftig herausklammern: Also dann lieber erst gar keine ernsthaften Ermittlungen anstellen. Wie lange noch kann unser Kirchen-, Ämter- und Rechtsstaat als Täter schonend und Opfer verachtend verharren? Claus Metz, Bad Vilbel